

25. März 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/71 - 25. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0896890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 Was will Chruschtschow? 43

Nach den ersten Tagen seines Aufenthaltes in Frankreich

2 - 3 Autarkes oder weltoffenes Europa ? 71

Zur Debatte des Europäischen Parlaments

Von Hellmut Kalbitzer, MdB

4 In dringender Mission 47

Macmillans Reise in die USA

5 "Unser täglich Brot gib uns heute" 34

Zu einem Bericht über die Verpflegung der Bundeswehr

Von Willi Berkhan, MdB

6 Professor Ludwig Bergsträsser † 26

Ein großer Demokrat ging von uns

* * *
* *

Was will Chruschtschow?

Nach den ersten Tagen seines Aufenthaltes in Frankreich

sp - Mit Argusaugen beobachtet man beim Auswärtigen Amt in Bonn jeden Schritt, den Nikita Chruschtschow in Paris tut, und mit gespitztem Ohr wird jedes Wort gehört, das er über Deutschland sagt. Das ist verständlich, denn der Sowjetpremier hat in den ersten Tagen seines Aufenthaltes in Frankreich keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne auf die "deutsche Gefahr" hinzuweisen. Weniger verständlich ist, daß man in Bonn ganz offenbar befürchtet, Chruschtschow könnte mit seinen Reden Eindruck auf die Franzosen machen, oder gar de Gaulle von seiner bekannten Haltung in der Berlin- und Deutschlandfrage abbringen. Das ist sehr merkwürdig. Bisher hat man in Bonn immer gesagt, das deutsch-französische Verhältnis sei jetzt "unerschütterlich". Ist man mißtrauisch geworden? Das wäre verwunderlich, denn so schnell sollte man in Bonn nicht an dem Bestand einer guten Freundschaft zweifeln ...

Niemand weiß, was die nächsten Tage des Chruschtschow-Besuches in Frankreich noch bringen werden. Der Spekulationen gibt es viele. Will Chruschtschow seinem Gesprächspartner de Gaulle klarmachen, daß die Sowjetunion nichts gegen den Eintritt Frankreichs in den "Atom-Club" einzuwenden hat? Wird de Gaulle, aus Verärgerung über die bisher ablehnende Haltung der Amerikaner und Engländer gegenüber Frankreichs Wunsch, als Atommacht anerkannt zu werden, diesen sowjetischen Ball auffangen? - Das alles sind Fragen, von deren Beantwortung sehr viel für die weitere Entwicklung der internationalen Politik abhängen kann.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich Chruschtschow der Illusion hingibt, er könne die offizielle französische Politik durch einen einzigen Besuch völlig ändern. Aber vielleicht spielt er doch mit dem Gedanken, daß seine ständigen Angriffe auf den "deutschen Militarismus" in der französischen Öffentlichkeit ein nachhaltiges Echo finden. Allerdings sollte hierbei nicht vergessen werden, daß viele Franzosen in der Wiederbewaffnung Westdeutschlands eine Art Schutzwall für ihr eigenes Land im Falle eines Angriffs aus dem Osten erblicken und deswegen kaum geneigt sein dürften, die Attacken Chruschtschows ernst zu nehmen.

Ein anderes Kapitel ist die Zwei-Staaten-Theorie, die Chruschtschow den Franzosen näherbringen möchte. Zu sehr hat sich die offizielle Europa-Politik daran gewöhnt, die Bundesrepublik mit Deutschland zu identifizieren. Es besteht daher durchaus die Möglichkeit, daß Chruschtschow nach der anfänglichen Schocktherapie im Endstadium seines Frankreich-Besuches die These vom "Status quo" in Deutschland und Europa, oder - wie er es nennt - die der "friedlichen Koexistenz" auf der Grundlage der Spaltung Europas als Basis für ein gutes französisch-russisches Verhältnis anbietet.

+ + +

Autarkes oder weltoffenes Europa?

Zur Debatte des Europäischen Parlaments

Von Hellmut Kalbitzer, MdB

Die Debatten des Europäischen Parlaments beginnen Ende der Woche in Straßburg mit der Neuwahl des Präsidenten; der bisherige Präsident, Robert Schuman, wird Ehrenpräsident. Der Name des neuen Mannes dürfte bis zuletzt umstritten sein, da mit allen möglichen Störmanövern aus den Kulissen zu rechnen ist.

Interessanter als gewöhnlich wird es hergehen, wenn Prof. Hallstein seinen Plan über die Beschleunigung der EWG (das ist die Kleine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) vorlegt. Die EWG wird nach diesem Plan schneller als ursprünglich vorgesehen, am 1. Juli 1960 statt am 31. Dezember 1961, die Zölle zwischen den sechs Mitgliedsländern abzubauen. Seine Durchführung hängt allerdings von der Zustimmung aller sechs Regierungen und in der Bundesrepublik auch von der Zustimmung des Parlaments ab.

Der Pferdefuß des Planes ist, daß dieser Zollabbau nach innen, für die Bundesrepublik durch eine Zollerhöhung nach außen, d.h. gegenüber allen anderen Ländern Europas und der übrigen Welt, erkauft werden muß. Zollermäßigungen einerseits und Zollerhöhungen andererseits bedeuten eine Umlenkung des internationalen Handels fort von unseren bisherigen Partnern Skandinavien, England, Schweiz und Österreich zu unseren EWG-Partnern Benelux, Frankreich und Italien. Diese Umlenkung kann nicht ohne politische Folgen bleiben, worüber sich der Bundestag schon bei der Ratifizierung des EWG-Vertrages 1957 klar wurde; denn er verband diese Ratifizierung mit der einmütigen EntschlieBung, daß die EWG der erste Schritt zu einer ganz Westeuropa umfassenden Freihandelszone sein solle. Aber eineinhalb Jahre später, Ende 1958, wurden die Verhandlungen über den großen Zusammenschluß ergebnislos abgebrochen; seidem hängt das Damokles-Schwert der zweiten Spaltung Europas über der europäischen Politik.

Sieben Nachbarländer der EWG schlossen sich 1959 zur Kleinen Freihandelszone der EFTA zusammen, um von der im Aufbau begriffenen Wirtschaftsmacht der EWG nicht einzeln erdrückt zu werden. Entgegen dem Wunsche des Bundestages setzte sich die Bundesregierung nicht nachdrücklich für die ganz Westeuropa umfassende Freihandelszone ein. Daher stammt die zunehmende Verstimmung zwischen Bundesregierung und England.

Die "Diplomatische Korrespondenz" der britischen Botschaft in Bonn drückt dieses am 16. März aus, wenn sie schreibt:

"Der 1. Juli wird in der Geschichte Europas ein kritisches Datum sein. Wenn eine Spaltung in Europa nicht abgewendet werden kann, dürfte er als ein schwarzer Tag für Europa festgehalten werden. Eine Schwächung Europas würde die Standfestigkeit des Westens im wirtschaftlichen Wettkampf mit dem Sowjetblock beeinträchtigen und die politische und sonstige Zusammenarbeit im westlichen Lager müßte leiden."

Diese Mißstimmung von deutscher Seite vor der Gipfelkonferenz noch dadurch zu schüren, daß man der beschleunigten europäischen Desintegration vor dem 1. Juli 1960 zustimmt, wäre katastrophal.

Die Interessen der übrigen EWG-Mitglieder hinsichtlich der Beschleunigung sind von den deutschen ganz verschieden:

Frankreichs und Italiens Außenzölle werden nämlich durch den Hallstein-Vorschlag gesenkt, so daß diese Länder ihre Beziehungen zur Außenwelt durch diesen Plan nun verbessern.

Benelux, das auch wie wir seine Außenzölle erhöhen müßte, hat seinen hauptsächlichsten Handel innerhalb der EWG, so daß die Außenzölle für Benelux weniger schmerzvoll sein dürften. Vor allem aber hat Benelux einen so großen good-will in der ganzen Welt, daß ihr Drang nach engster Wirtschaftsgemeinschaft mit seinem unmittelbaren Nachbarn der EWG auf volles Verständnis stößt weil man durch die Benelux keine machtpolitischen Verschiebungen befürchtet.

Die eigentlichen Debatte-Gegner, die Europäer außerhalb der EWG, fehlen allerdings in Straßburg, denn diesem Europäischen Parlament gehören nur die Abgeordneten der sechs Mitgliedsländer an.

Der letzte Teil der Sitzung wird einer Agrardebatte gewidmet sein, bei der es deraum geht, ob der Gemeinsame Markt eine vermehrte Preisstützung der Agrarprodukte gegenüber dem jetzigen deutschen Stand bringt oder ob eine liberale Tendenz um sich greift. Setzt sich eine Agrarpolitik der verstärkten Preisstützungen durch, so wird die landwirtschaftliche Produktion in einem Umfang angeregt, daß sie den Verbrauch innerhalb der EWG voll decken wird. Eine solche landwirtschaftliche Autarkie würde den Abschließungstendenzen der EWG nach außen Vorschub leisten. Eine möglichst rationelle landwirtschaftliche Erzeugung zu mäßigen Preisen dürfte einer maximalen Erzeugung mit hohen Preisen vorzuziehen sein.

In dringender Mission

sp - Die Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Genfer Abrüstungskonferenz haben sich zwar auf einen einjährigen Aufenthalt in Genf eingerichtet, aber es scheint, daß dies vielleicht eine überflüssige, von Erfahrungen vergangener Jahre diktierte Vorsichtsmaßnahme war. Der Zeitpunkt ist erreicht, da sich West und Ost bei den Verhandlungen über die Abrüstung keine Propagandaschlachten mehr leisten können, sofern sie nicht Opfer einer Entwicklung werden wollen, die sich dann außerhalb ihrer kontrollierenden Einflußmöglichkeiten vollzieht.

In wesentlichen Punkten wurde in Genf schon Einigung erzielt. Die Neigung zu Konzessionen besteht auch weiterhin auf beiden Seiten. Die letzten sowjet-russischen Vorschläge warfen die Idee eines Moratoriums auch für kleine unterirdische Atomwaffenversuche in die Diskussion - aber das ist der Punkt, an dem die Vereinigten Staaten noch Bedenken haben. Die Militärs aus dem Pentagon glauben, ohne Atomwaffenexperimente unter der Erde nicht auskommen zu können, sie möchten sie fortsetzen, solange die Experten sich über die Kontrollierbarkeit solcher Versuche streiten. Es will jedoch schon sehr viel besagen, wenn ein im Umgang mit den Sowjets so vorsichtiger Mann wie der Vorsitzende des Abrüstungsausschusses im USA-Senat, Humphrey, sich fast vorbehaltlos für die Annahme der sowjetischen Vorschläge ausspricht, wohl aus dem Grunde, es wäre nun höchste Zeit, mit allen atomaren Versuchsexplosionen in der Luft und in der Erde aufzuhören. Die bestehenden Atomkräfte müßten hier mit Beispiel vorangehen, sonst riskieren sie, daß auch andere Länder - und drohend taucht hier der Name China auf - sich als Atomkräfte früher oder später etablieren.

Vor diesem Hintergrund erfolgt die überraschende Reise des britischen Ministerpräsidenten Macmillan in die Vereinigten Staaten. Sicherlich wird er versuchen, auf Eisenhower im Sinne einer Zustimmung zu den russischen Vorschlägen einzuwirken. Schon einmal hat sich eine britische Intervention in den USA friedenserhaltend ausgewirkt - damals, als auf dem Höhepunkt des Koreakrieges der damalige Labour-Premier Attlee nach Washington flog, um den USA-Präsidenten zu bewegen, dem Drängen mancher Militärs zu widerstehen, Atombomben auf China zu werfen. Wenn die Ausbreitung von Atomwaffen auf viele Länder überhaupt noch verhindert werden kann, dann ist jetzt die Stunde gekommen, durch ein Abkommen für jetzt und alle Zeiten künftige Atomwaffenexperimente zu verhindern. Noch haben die bisherigen Atomkräfte die Möglichkeit, durch ihr Gewicht einer solchen vertraglichen Vereinbarung auch für andere Länder verpflichtende Gültigkeit zu verleihen. Morgen wäre es zu spät. Die "Times" spricht von einer dringenden Mission Macmillans und von einer der ermutigsten Entwicklungen seit Kriegsende. Schon in den nächsten Wochen wird man sehen, ob solch optimistischer Ausblick gerechtfertigt ist.

Unser täglich Brot gib uns heute

Von Willi Berkhan, MdB

Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages hat einen Bericht einer Unterkommission entgegengenommen, der sich mit der Truppenverpflegung der Bundeswehr befasst. Es war zu überprüfen, ob für einen Satz von DM 2,75 pro Tag der Soldat ausreichend und schmackhaft ernährt werden kann. Eine kleine Kommission von vier Abgeordneten aus allen Parteien des Bundestages hat verschiedene Standorte beim Meer und bei der Luftwaffe gesehen. Das Ergebnis wird für das Ministerium Anlass sein, weitere Verbesserungsmaßnahmen vorzuschlagen. Aber ein Satz des schriftlich vorgelegten Berichtes ist von so großer allgemeiner Bedeutung und sollte alle verantwortlichen Menschen zum Nachdenken anregen.

"Mit Bedauern musste die Unterkommission bei allen Standorten hören, dass erhebliche Mengen von Nahrungsmitteln nicht gegessen werden, sondern in den Abfalleimer wandern."

Dabei kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass im Durchschnitt die Verpflegung gut und schmackhaft ist. Ist denn wirklich die Zeit schon so fern, die Zeit, in der die Mütter den Kindern das Brot mit dem Zentimetermass zuteilten, die Zeit, in der Fleisch und Fett in wenigen Gramms nicht pro Tag, sondern pro Woche zur Verfügung standen? Haben wir nicht täglich Nachrichten aus aller Welt, dass Menschen an Unterernährung sterben oder dass ganze Völker so schlecht ernährt sind, dass sie im Daseinskampf zurückbleiben müssen?

Sicher, die Erscheinung von Vergeudung und Missachtung von Lebensmitteln beschränkt sich nicht auf die Bundeswehr, sie ist in Schulen, Restaurants, Kantinen, usw. festzustellen. Aber der Alltag hat uns an diese Tatsache gewöhnt. Doch kann dieser Bericht Anlass sein, noch einmal alle Menschen in unserer Volke daran zu erinnern, dass Nahrung nicht unbedingt immer im Überfluss zur Verfügung gestanden hat, vielleicht auch nicht zur Verfügung stehen wird. Seit langer Zeit ist das Brot für viele Menschen Symbol der Nahrung schlechthin. Dürfen wir Brot vergeuden? Dürfen wir es wegwerfen, obgleich wir wissen, dass vielerorts dieses Brot fehlt? Besinnung tut not.

Professor Ludwig Bergsträsser †

sp - Mit dem Tode von Prof. Ludwig Bergsträsser verliert Deutschland einen Mann, der, aus dem Bürgertum stammend, den Weg zur Sozialdemokratie in jenen Jahren gefunden hatte, als viele Politiker seiner Generation und seiner Herkunft der Demokratie den Rücken kehrten. Zahlreiche politische und gesellschaftskritische Werke von hohem literarischem Wert wurden von dem feinen und zurückhaltenden Wissenschaftler veröffentlicht. 78 Jahre wurde Prof. Ludwig Bergsträsser alt. Er stammte aus Altkirch im Elsaß, hat aber den größten Teil seines Lebens in Deutschland verbracht. Seine bedeutendste politisch-literarische Leistung war die "Geschichte der politischen Parteien in Deutschland". Als Reichstagsabgeordneter der Demokratischen Partei wirkte er bis 1928 für die Festigung der deutschen Demokratie. 1930 schloß er sich der SPD an. Sofort nach dem Zusammenbruch 1945 wurde Ludwig Bergsträsser mit der Bildung der ersten Regierung im früheren "Volksstaat Hessen" beauftragt; später war er Regierungspräsident in Darmstadt, ehe er sich wieder ganz seinen wissenschaftlichen Arbeiten zuwandte.

Mur wenige wissen, daß Ludwig Bergsträsser während des Gewaltregimes Hitlers unter Einsatz seines Lebens wichtige Verbindungen der verschiedensten Widerstandsgruppen untereinander anknüpfte, häufig ins Ausland fuhr, um dort die Informationen zu beschaffen, die er und seine Freunde für ihre politische Arbeit brauchten. Der Isonheimer Altar in Colmar, wo Bergsträsser das Gymnasium besucht hatte, war der geheime Treffpunkt, von dem aus viele Fäden des Widerstandes gegen Hitler gesponnen wurden.

Die deutsche Demokratie ehrt Prof. Ludwig Bergsträsser als einen ihrer großen Architekten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel